

Wilsdruffer Tageblatt

Zeitung Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erhalten bleibt mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr bis den folgenden Tag. Bezugspreis bei Vorbestellung monatlich 4 Mk., bei sonstiger Bestellung 5 Mk. monatlich 4,40 Mk., auf dem Lande 4,60 Mk., durch die Post bezogen monatlich 13,50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postgebühren und Poststeuern sowie andere Abgaben und Gebühren werden jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung ohne Rückgabe des Bezugspreises.



Informationsblatt 1. Nr. für die gebildeten Kreise über deren Namen, Lebenslauf, etc. Nachlass 2.50 Mk. Bei Abrechnung und Jahresbeitrag entsprechende Preiszahlung. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2. Jahrgangskategorie 3 Mk. Nachbestellungsgebühr 30 Pf. Anzeigenannahme bis vor Mittag 10 Uhr. Für die Abrechnung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Haftung. Jeder Anzeigenspruch tritt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder bei Nachträglicher in Rechnung gestellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorandt Meesiger und Drucker: Arthur Fischke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöppig, für den Inseratenteil: Arthur Fischke, beide in Wilsdruff.

Nr. 107.

Dienstag den 10. Mai 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Der nachstehende XIII. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff vom 5. März 1915 wird hierdurch veröffentlicht.
Wilsdruff, am 7. Mai 1921.

XIII. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff vom 5. März 1915.

§ 80 in der Fassung des 3. und 8. Nachtrags zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff wird wie folgt geändert:

- Die Tanzsteuer beträgt
- a) bei öffentlichen und außerhalb des Privathauses stattfindenden nichtöffentlichen Tanzveranstaltungen 60 Pfg.
 - b) bei Masken- und Trochstenfesten 100

Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.
Wilsdruff, am 10. März 1921.
Der Stadtrat.
(L. S.) gez. Rängel, Bürgermeister.

2.
Nr. 1411 II G.
Die Stadtverordneten.
(L. S.) gez. Oberlehrer Kantor Hienrich, 1. Vorsitzender.

Widerrufsweise genehmigt.
Dresden, am 2. Mai 1921.
Ministerium des Innern.
Für den Minister
(L. S.) J. A. arz. Dr. Streit.

Grumbach.

Dienstag den 10. Mai nachmittags von 3—5 Uhr Ausgabe der neuen Landessperkarten für Magermilch im Gemeindeamt.
Grumbach, am 7. Mai 1921.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Von zuständiger Stelle in Berlin wird mitgeteilt, daß am 7. Mai französische Kavalleriepatrouillen in das Ruhrgebiet vorgedrungen sind. Der Zweck des Vorgehens dieser Patrouillen ist den Berliner Anwohnern noch unbekannt.
- * Der preussische Staatsrat hat zu seinem Präsidenten den Kölner Oberbürgermeister Adenauer gewählt.
- * Im preussischen Staatsrat hat sich die Deutsche Volkspartei mit den Deutschnationalen zu einer Preussischen Fraktion zusammengeschlossen.
- * Die deutschen Ansprüche auf den Vahnhof Herbesthal sind von der Vorkonferenz abgewiesen worden.
- * Minister Storza soll mitgeteilt haben, daß demnächst eine neue Konferenz der Alliierten in Ohende stattfinden werde, an der auch Amerika teilnehmen werde.
- * Der C...-trat der belgischen Sozialdemokraten hat sich gegen die Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland und gegen die Belegung des Ruhrgebietes ausgesprochen. Es droht daher eine Ministerkrise.

Auch eine Antwort.

In Paris wie in London, in Spa wie in Brüssel hat die deutsche Regierung bei allen ihren mündlichen und schriftlichen Verhandlungen unablässig darauf hingewiesen, daß ihre eigenen, nach deutscher Auffassung die Grenze unserer Leistungsfähigkeit völlig erschöpfenden Angebote nur unter bestimmten allgemeinen Voraussetzungen verstanden werden dürften. An erster Stelle stand dabei die ungehämmerter Erhaltung unserer gegenwärtigen Erzeugungsgrundlage. Wir haben Elbst-Lothringen und das Saargebiet, Polen und Westpreußen, die Kolonien und unsere Handelsflotte verloren; wenn uns nun nicht gelassen wird, was danach noch deutsch geblieben ist, dann muß selbstverständlich unsere Leistungsfähigkeit eine weitere erhebliche Schwächung erfahren.

Und die Antwort? Man kann das neueste Ultimatum der Entente von vorn bis hinten mit der Lupe durchforschen, man kann die langatmigen Schriftstücke der Wiederherstellungskommission hin und herwälzen, so viel man will, von einer Berücksichtigung dieses Vorbehalts, der für jeden ordentlichen Geschäftsmann das natürlichste Ding von der Welt ist, findet sich nirgends auch nur die leiseste Spur. Gerade während die hochweisen Ententeherren in London beisammenstehen und ihre endgültigen Beschlüsse gegen Deutschland formulieren, brach in Oberschlesien der Polenaufruhr aus, den vorauszuweisen wahrlich schon jedes Kindergemüt seit langem imstande war. Allen Berechnungen für Deutschlands Zahlungsverpflichtungen und für Form und Umfang ihrer Abtragung wurden auch unsere Wirtschaftsverhältnisse vor dem Kriege zugrunde gelegt, bei denen die oberschlesische Industrie mit ihrer ungeheuren werkschaffenden Kraft eine große Rolle spielte. Jetzt hat Krakau eben diese Industrie mit einem Schlag lahmgelegt und versucht, nach berühmtem polener Muster sich von der Entente eine Demarkationslinie bewilligen zu lassen, hinter der das gesamte Gruben- und Schmelzgebiet auf immerwiedersehen für Deutschland verschwinden soll. Noch steht nicht fest, was die Interalliierte Kommission in Duppeln mit diesem Verhalten anfangen wird. Seit General Le Rond nach Oberschlesien zurückgekehrt ist, häufen sich die Anzeichen dafür, daß die Italiener in ihrer christlichen Bekämpfung der polnischen Aufrührer mehr und mehr allein gelassen werden. Die Franzosen wenigstens ziehen sich mehr und mehr von der aktiven Teilnahme an der Wiederherstellung der Ordnung zurück, und immer häufiger kommt es zu lokalen Vereinbarungen mit den Rebellen, die eine allgemeine Verständigung mit ihnen nachgerade in den Bereich der Wahrscheinlichkeit rücken. Die Sorge um den Verlust ihres Ansehens, ihres militärischen wie ihres moralischen, scheint die Machthaber der Entente nicht zu schrecken; sie glauben, als die tatsächlichen Weltbeherrscher, davon so viel zu befehlen, daß sie, um höherer Zwecke willen, ruhig etwas drangehen können. So nimmt der Verlust von Oberschlesien für uns von Tag zu Tag greifbarere Gestalt an —

und doch sollen wir zu gleicher Zeit Forderungen unterschreiben, als verfügten wir nach wie vor über den gesicherten Besitz unserer Kohlenquellen an der Ruhr wie in Oberschlesien.

Eine zweite allgemeine Voraussetzung, die wir immer wieder heranzubringen, so oft von den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit die Rede war, ging dahin, daß wir von unproduktiven Ausgaben so viel wie möglich entlastet würden. Jedermann weiß, was damit gemeint ist. Die Besatzungsarmee des Rheinlandes verschlingt Monat für Monat ganz ungeheure Summen, ihr Troß, für den wir bis zur letzten Schwerkraut hinab aufkommen müssen, übersteigt nach allen Verichten jedes menschliche Fassungsvermögen. Dazu bewegen sich nach wie vor, zweieinhalb Jahre seit Abschluß des Waffenstillstandes, ungezählte Zivil- und Militärkommissionen durch das Reich, die nicht aufhören, mit ihrem ständig wachsenden, aber auch ständig wechselnden Personal die Reichsstufen zu schröpfen und den staatlichen und städtischen Behörden immer wieder neue, außerordentlich kostspielige Lasten aufzuerlegen. Aber Entlastung? Die Antwort des Obersten Rates lautet dahin, daß wir fortan auch noch eine sogenannte Garantiekommision in Berlin aufzunehmen, unterzubringen und mit ihrem gesamten Apparat zu unterhalten haben. Sie wird harmloserweise als eine Unterkommision des Wiederherstellungsausschusses bezeichnet. Bei dem Umfang der Aufgaben aber, die ihr bei der Eintreibung der uns zwangswise auferlegten Forderungen zugedacht sind, kann man ohne weiteres davon überzeugt sein, daß auch hier wieder ein unabsehbarer Rattenkrieg von Abteilungen und Unterabteilungen, von Bureaus und Unterbureaus eingerichtet werden wird, deren Kostenaufwand abermals aller Beschreibung spotten dürfte. Ob wir ihn tragen können oder nicht, zu allem, was sonst schon unsere Schultern niederdrückt, macht den Briand und Lloyd George kein Kopfzerbrechen. Es ist unsere Sache, die Speise ihrer Unterdrückungspolitik zu tragen — der Rest ist Schweigen!

Zwei Beispiele nur unter vielen. Sie genügen aber vollumfänglich, um die Zukunft vorauszuweisen, der wir entgegengehen.

Die finanziellen Forderungen.

132 Goldmilliarden.

Der Inhalt des von der Entente in London aufgestellten Protokolls ist nun in Berlin eingetroffen und von der Reichsregierung sofort bekanntgegeben worden. Zunächst bekommen wir von der Entente ein sogenanntes „Garantiekomitee“ auf die Nase gesetzt. Dieses soll „die Verwendung der verschiedenen Einnahmen Deutschlands überwachen und die deutschen Zahlungen vorüberwachen“. Das „Garantiekomitee“ wäre damit die eigentliche Reichsregierung, wenn es „auch nicht befugt sein soll, sich in die deutsche Verwaltung einzumischen“. Da ihm aber im gleichen Abzuge die gesamten Reichseinnahmen aus Land- und Seezöllen eine 25prozentige Ausfuhrabgabe, direkte und indirekte Steuern usw. „verschrieben“ werden, so bedeutet das doch gar nichts anderes als die völlige Aufhebung unserer Souveränität und die „Liktifizierung“ Deutschlands. Geht bloß noch der sonst läbliche englische Bibelders zur Begründung! Ferner soll Deutschland auf Verlangen solches Material und solche Arbeit liefern, welche eine der alliierten Mächte mit vorheriger Zustimmung der Reparationskommission zum Zwecke der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete dieser Macht anfordert. Der Wert solcher Material- und Arbeitsleistung soll von einem seitens Deutschland und einem seitens der beteiligten Macht ernannten Schlichter und im Richtungsamt von einem durch die Reparationskommission ernannten Schlichter abgeschätzt werden. Das ist auch wieder der richtige Summiparagraph. Da kann die Entente Material und Arbeitskraft anfordern, so viel und so oft sie Lust hat. Einigen sich im Zweifelsfalle die „Schlichter“ nicht, so wird nicht etwa ein Unparteiischer angerufen, sondern die famose Reparationskommission läßt durch ihren Schlichter abklären. Ein lauberes Ver-

jahren! Und was gegebenenfalls dabei herauskommt, kann man schon jetzt an den fünf Fingern abzählen.

Der Zahlungsplan.

Und nun kommt die eigentliche Rechnung mit der Schlusssumme von 132 Milliarden Goldmark, wovon man uns anädig so etwa 2 Milliarden anrechnen will für all das, was wir bisher schon geleistet haben. Wir schätzen unsere bisherigen Leistungen bekanntlich auf 20 Goldmilliarden. Man denke bloß an die Auslieferung unserer gesamten höchst wertvollen Handelsflotte und vieles andere. Im wesentlichen sollen wir zahlen mit drei Sorten von Schuldverschreibungen, und zwar über 12 Milliarden, fällig bis 1. Juli 1921, über 38 Goldmilliarden bis 1. November 1921 und endlich 82 Goldmilliarden bis ebenfalls 1. November 1921. Das sind die Termine, bis zu denen die Verschreibungen in den Händen der Entente sein müssen. Für Zinsen und Amortisation sind jedesmal 5 Prozent vorgesehen. Mit diesen Schuldverschreibungen kann dann die Entente so ziemlich machen, was sie will. Wir haben sie bloß einzulösen; das heißt, sie zu bezahlen. Endlich sollen diese Schuldverschreibungen von allen deutschen Steuern und Lasten jeder Art jetzt oder in Zukunft frei sein. Sie sollen durch die gesamten Besitztümer und Einnahmen des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten insbesondere durch die in Artikel 7 der Vereinbarung angegebenen besonderen Besitztümer und Einnahmen gesichert sein.

Schwankende Jahreszahlungen.

Wie die Note ferner besagt, soll Deutschland jedes Jahr bis zu dem vorgegebenen Ablauf der Schuldverschreibungen aus den zugehörigen Amortisationsfonds zahlen:

- 1. Eine Summe von 2 Milliarden Goldmark.
- 2. a) eine Summe, welche 25 Prozent des Wertes seiner Ansehens in jedem Zeitraum von 12 Monaten nach dem 1. Mai 1921, so wie von der Kommission festgesetzt, entspricht, oder b) wahlweise einen entsprechenden Betrag, so wie er in Übereinstimmung mit jedem anderen von Deutschland vorgeschlagenen und von der Kommission angenommenen Index festgelegt werden würde.
- 3. Eine weitere Summe entsprechend 1 Prozent des Wertes seiner Ansehens, wie oben bestimmt, oder wahlweise einen entsprechend der Vorfrist in 5 oben festgelegten Betrag, immer unter der Voraussetzung, daß, wenn Deutschland alle seine Verpflichtungen nach dem Plane mit Ausnahme seiner Verbindlichkeit hinsichtlich der ausstehenden Schuldverschreibungen erledigt hat, der in jedem Jahre nach diesem Paragraphen zu zahlende Betrag sich auf den Betrag vermindert, welcher in dem Jahr erforderlich ist, um die Zinsen und die Amortisation auf die dann ausstehenden Schuldverschreibungen zu zahlen. Deutschland wird innerhalb von 25 Tagen von dieser Benachrichtigung an eine Milliarde Goldmark in Gold oder anerkannten Devisen oder in deutschen Schatzanweisungen mit 3 Monaten Laufzeit zahlen, die das Inkassament anerkannter deutscher Banken tragen und in London, Paris, New York oder jedem anderen von der Reparationskommission bezeichneten Orte zahlbar sind.

Das innerhalb 25 Tagen nach Notifikation einzuzahlende Garantiekomitee wird aus Vertretern der jetzt in der Reparationskommission vertretenen alliierten Mächte bestehen, einschließlich eines Vertreters der Vereinigten Staaten von Amerika, falls diese Regierung den Wunsch hat, das Mitglied zu ernennen. In den weiteren Artikeln des Protokolls werden die Obliegenheiten dieses Garantiekomitees, das in Deutschland die Finanzkontrolle auszuüben hat, im einzelnen näher umschrieben.

Die belgischen Sozialisten gegen die Sanktionen.

Der Generalkonvent der sozialistischen Partei Belgiens hat die Besprechung über eine eventuelle Befreiung des Ruhrgebietes beendet. Eine Entfaltung von Louis de Braudere, die die Zwangsmaßnahmen und den Grundlag der Befreiung des Ruhrgebietes verwirft, wurde mit 23 Stimmen angenommen. Eine Resolution des Kammerpräsidenten Brunet, die die Zwangsmaßnahmen billigt, erlangte nur 27 Stimmen. — Der Brüsseler „Temps“-Korrespondent glaubt, daß infolge dieser Abstimmung die vier sozialistischen Minister das Kabinett verlassen würden.